

„Es fehlen Psychotherapeuten“

Braunschweig Forscher der TU sagen: Viele Krankentage und Frühverrentungen könnten verhindert werden.

Von Cornelia Steiner

Immer häufiger lautet die Diagnose: Angststörung, Depression. Die Folge: Die Zahl der Krankentage und Frühverrentungen aufgrund psychischer Erkrankungen nimmt seit einigen Jahren ständig zu. „Das müsste aber nicht sein. Man könnte gut gegensteuern“, sagt Christoph Kröger vom Institut für Psychologie der TU Braunschweig.

Sein Vorschlag: „Durch mehr Psychotherapien ließe sich viel Geld sparen. Je mehr Patienten erfolgreich behandelt werden, desto weniger Krankengeld muss ausgezahlt werden, und es entstehen weniger Ausfälle durch Arbeitsunfähigkeit. Gleichzeitig wird stationären Behandlungen vorgebeugt, und es gehen weniger Menschen in Frührente – ganz abgesehen davon, dass es vielen Menschen besser gehen würde.“

Extrem ängstlich und antriebslos

Kröger und sein Team haben in einer Studie detailliert berechnet, wie viel Geld die Sozialversicherungen und die Arbeitgeber einsparen könnten. Die Psychologen haben sich dabei auf Angststörungen und Depressionen konzentriert – beide gehören zu den häufigsten psychischen Erkrankungen.

Bei einer Angststörung hat ein Patient vor einem Objekt oder einer Situation übermäßige Angst und kann damit nicht mehr umgehen. Eine Depression zeichnet sich vor allem durch anhaltende Niedergeschlagenheit, Antriebslosigkeit und durch Interessensverlust aus.

Bislang gibt es kaum exakte Zahlen darüber, wie viele Betroffene angemessen und erfolgreich behandelt werden. Einige Antworten dazu liefert die „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“, die vom Bundesgesundheitsministerium und dem Robert-Koch-Institut in Auftrag gegeben wurde und teilweise noch ausgewertet wird.

Den Autoren zufolge suchen bis zu 40 Prozent der Betroffenen Kontakt zu einem Arzt oder Psychotherapeuten. Allerdings sind

„Angesichts der Wartezeiten müssten deutlich mehr Psychotherapeuten zugelassen werden.“

Christoph Kröger, Leiter der Psychotherapieambulanz der TU Braunschweig



Schmerzt die Seele, geht es scheinbar nur abwärts.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

darunter auch etliche Besuche bei nicht spezialisierten Ärzten. Man müsse daher davon ausgehen, dass nicht jeder Betroffene eine optimale Therapie bekomme – egal, ob es sich um eine Psychotherapie handle oder um eine Medikamententherapie.

Heilung für Millionen Menschen

Christoph Kröger und sein Team in Braunschweig gehen in ihrer Berechnung von zwei Szenarien aus: Im ersten Szenario wird ein Drittel der Betroffenen behandelt, im zweiten die Hälfte. Außerdem legen die Wissenschaftler eine Heilungsrate von 78 Prozent bei Angststörungen und 59 Prozent bei Depressionen zugrunde. „Nach dem ersten Szenario könnten jährlich rund drei Millionen Menschen gesund werden, nach dem zweiten Szenario sogar fast fünf Millionen“, sagt Christoph Kröger, der auch die Psychotherapieambulanz der TU Braun-

schweig leitet.

Er und seine Kollegen legen eine durchschnittliche Behandlungsdauer von 25 Sitzungen zugrunde sowie einen durchschnittlichen Preis von 80 Euro pro Sitzung. Nach der Auswertung verschiedener Statistiken etwa zu Krankentagen und Produktionsausfällen ergibt sich laut Kröger folgendes Resultat: „Innerhalb eines Jahres könnten 9 bis 14 Milliarden Euro eingespart werden.“

Die Sache hat Kröger zufolge aber einen Haken: „Es gibt zu wenige Psychotherapeuten.“ In Deutschland ist die Zahl der Psychotherapeuten wie die Zahl aller Ärzte beschränkt. Bundesweit gibt es rund 22 000 niedergelassene Psychotherapeuten. Auch aus Sicht der Bundespsychotherapeutenkammer reicht das keineswegs. Sie fordert seit Jahren eine Aufstockung, um dem Bedarf gerecht werden zu können und Wartezeiten zu verringern. Demnach

■ PSYCHISCHE STÖRUNGEN

Jedes Jahr leiden in Deutschland rund 30 Prozent der Erwachsenen zwischen 18 und 79 Jahren an einer psychischen Störung von unterschiedlicher Dauer und Schwere. Nur ein Teil der Betroffenen wird fachgerecht behandelt. Zu diesem Ergebnis kommt die „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“, die 2012 vom Bundesgesundheitsministerium und dem Robert-Koch-Institut veröffentlicht wurde.

Zu den häufigsten psychischen Störungen gehören Angst- und Alkoholstörungen sowie Depressionen. Sie gehen oft mit starken Stimmungsschwankungen einher, mitunter sind Fühlen, Denken und Wahrnehmung verändert.

Die Häufigkeit psychischer Erkrankungen ist mehreren Studien zufolge seit Jahrzehnten weitgehend konstant. Dass sie öfter diagnostiziert werden, hat vor allem zwei Gründe: Erstens sind sie heute weniger mit einem Makel behaftet als früher, so dass mehr Patienten zum Arzt oder Psychotherapeuten gehen. Zweitens hat sich die Diagnostik verbessert – früher wurde bei den Betroffenen oft nur der Rückenschmerz oder die Schlafstörung festgestellt, aber nicht die psychische Krankheit dahinter.

Im Jahr 2001 hatten Krankentage wegen psychischer Störungen noch einen Anteil von knapp 7 Prozent an allen Krankentagen in Deutschland. Inzwischen ist dieser Anteil auf 14 bis 17 Prozent gestiegen, melden mehrere Krankenkassen. Die Gesamtzahl aller Krankentage ist in diesem Zeitraum aber weitgehend konstant geblieben. Das heißt: Der Anstieg bei den Fehltagen aufgrund psychischer Störungen wird ausgeglichen durch Rückgänge bei anderen Krankheiten.

Die Deutsche Rentenversicherung hat im Jahr 2001 knapp 32 000 Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bewilligt, die auf eine psychische Störung zurückging – im Jahr 2011 lag die Zahl bei 60 000. Die Gesamtzahl der Frühverrentungen ist in diesem Zeitraum hingegen gesunken. Das heißt: Der Anstieg der psychisch bedingten Frühverrentungen wird auch hier durch Rückgänge bei anderen Krankheiten ausgeglichen. Inzwischen sind psychische Erkrankungen mit 40 Prozent die Hauptursache für Frühverrentungen.

Patienten können Psychotherapieplätze in Niedersachsen auch im Internet suchen: www.psychotherapieplatzauskunft-nds.de.

beträgt die Wartezeit für ein Erstgespräch in Niedersachsen im Schnitt 13 Wochen.

Christoph Kröger sieht hierin ein großes Problem: Ihm zufolge verschlimmern sich die Erkrankungen durch die Wartezeiten oft und werden chronisch. „Einige Patienten geben die Terminsuche auch auf und bleiben ohne Behandlung, weil ihnen die Kraft fehlt, bei mehreren Praxen nachzufragen“, sagt er. „Es müssten also deutlich mehr Psychotherapeuten zugelassen werden – manchen Schätzungen zufolge sind viermal so viele nötig, wie wir jetzt haben.“ Das wären rund 80 000.

Streit über den wirklichen Bedarf

Zuständig für eine ausreichende Versorgung mit Ärzten und Psychotherapeuten ist der Gemeinsame Bundesausschuss – das oberste Gremium der Selbstverwaltung von Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten, Krankenhäusern

und Krankenkassen.

Im Gegensatz zu Kröger und den Psychotherapeuten sehen sowohl die Kassenärztliche Bundesvereinigung als auch der Spitzenverband der gesetzlichen Kassen keineswegs derartige Lücken in der Versorgung – im Gegenteil: „Die neue Bedarfsplanung sieht weit über 1100 neue Sitze für Psychotherapeuten vor“, sagt Roland Stahl, Sprecher der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Florian Lanz, Sprecher der gesetzlichen Kassen, bestätigt das. Das Hauptproblem sei, dass viele Psychotherapeuten sich nicht in den ohnehin schlechter versorgten Gebieten niederlassen wollten – etwa auf dem Land.

Christoph Kröger hält diese Argumente nicht für überzeugend: „Die Korrektur der Bedarfsplanung gilt besonders für Ostdeutschland und entspricht in keiner Weise einer bedarfsgerechten Versorgung.“